

Antrag des Vorstandes – Antragsnummer 2/VB/2025

Leitlinien für die Verbandskommunikation in Bezug auf queerfeindliche Äußerungen und Positionen aus und von Parteien

In den letzten Jahren ist ein starker Rechtsruck in der Bundespolitik zu beobachten. Auch in den Programmen von SPD, CDU, CSU finden sich Positionen, die eher der AfD und dem BSW zuzuordnen wären. Verlässliche Allies werden in der Parteienlandschaft weniger. Das stellt uns als Verband immer mehr vor die Herausforderung, einerseits Aussagen und Forderungen kommentieren zu müssen und andererseits jedoch auch, im Rahmen der Lobbyarbeit die Gesprächskanäle in alle Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, offen zu halten.

Inwiefern Parteien bei CSDs zu Wort kommen, Bühnenzeiten bekommen oder in welcher Form sie bei den Demonstrationen willkommen sind, obliegt ausschließlich dem ausrichtenden CSD-Verein.

Für seine Lobbyarbeit und Kommunikation schlägt der Vorstand folgendes Handeln vor:

- _ queerfeindliche Aussagen werden als solche benannt
- _ gegenüber der Presse werden solche Aussagen und Forderungen klar verurteilt
- _ dabei wird berücksichtigt, aus welchen Funktionen die Personen agieren und inwiefern dies eine Stellvertretung für die gesamte Partei hat
- _ die Kommunikation differenziert zwischen Bundes- und Landesebene.
Beispielsweise ist in der CDU eine breite Spreizung der Haltung zu queeren Themen zu beobachten. Die aktuelle Initiative zu Artikel 3 GG geht z.B. von den unionsgeführten Bundesländern Berlin, NRW und Schleswig-Holstein aus.
- _ der Vorstand wird alle Gesprächskanäle in die Parteien offenhalten, ebenso zu den queeren Parteiorganisationen. Dabei wird der Vorstand auch Einladungen von diesen Parteien jeweils abwägen und wahrnehmen.
- _ der Vorstand lässt sich in seiner Kommunikation davon leiten, die queerfreundlichen und progressiven Kräfte in den Parteien zu unterstützen
- _ mit der AfD und dem BSW werden auf Bundesebene keine Gespräche geführt.
- _ explizit die AfD wird in eigene Verlautbarungen, in der Presse und allen Medien als eindeutige Gefahr für die queere Community benannt.